

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5187

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5187



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Caritas Factsheet

Der Schweizer Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung

Die Klimakrise verschärft sich. Das trifft die Menschen in den ärmsten Ländern am stärksten, obwohl sie am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben.

Die Industrieländer hingegen haben ihr Wirtschaftswachstum der letzten Jahrzehnte der Nutzung fossiler Energien zu verdanken. Die dabei entstandenen CO₂-Emissionen sind ein Hauptgrund für die Klimakrise. Deswegen haben sich die Industrieländer dazu verpflichtet, die Länder des Globalen Südens finanziell dabei zu unterstützen, sich vor den Folgen der Klimakrise zu schützen und ihre eigenen Emissionen zu reduzieren.

Mit der Ratifizierung des Pariser Klimaschutzabkommens hat sich auch die Schweiz zu dieser internationalen Verpflichtung bekannt. Umstritten bleibt jedoch, wie hoch ihr fairer Beitrag an die Klimafinanzierung sein muss.

Worauf haben sich die Staaten weltweit geeinigt?

Die Ursachen des Klimawandels sind extrem ungleich verteilt: So sind zum Beispiel die sechs grössten Industrieländer mit nur 10 % der Weltbevölkerung für 39 % der Emissionen verantwortlich (Stand 2021). Deswegen haben die wohlhabenden Länder an den UN-Klimakonferenzen Folgendes beschlossen:

- Ab 2020 mussten jährlich 100 Milliarden Dollar an Klimafinanzierung bereitgestellt werden, was 2022 mit Verspätung erreicht wurde. Die Schweiz sagte zu, sich mit 450 bis 600 Millionen Dollar an diesem Ziel zu beteiligen.
- Bis 2035 muss diese Summe auf mindestens 300 Milliarden Dollar jährlich erhöht werden. Die Schweiz wird ihren Anteil an diesem Ziel im Sommer 2025 bekanntgeben.
- Der Finanzierungsbedarf ab 2035 liegt jedoch deutlich höher. Deshalb wurden ab 2035 jährlich 1300 Milliarden Dollar als erwünschtes Ziel beschlossen – das aber nicht verpflichtend ist.

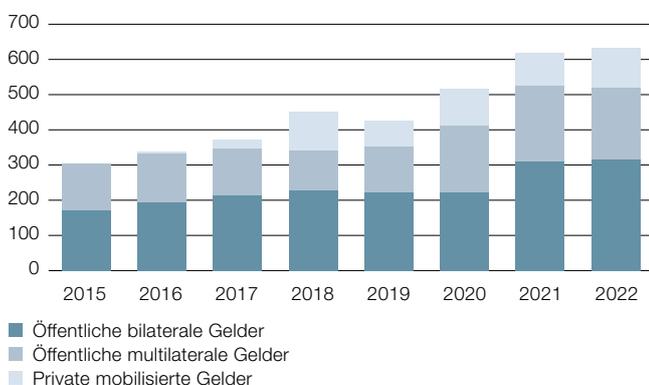
Was leistet die Schweiz bisher?

Einführung in die Schweizer Klimafinanzierung

Gemäss dem Pariser Klimaabkommen tragen alle Staaten eine gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortung zur Bekämpfung der Klimakrise. Der Beitrag eines Staates hängt daher von seinen historischen Emissionen, aber auch seiner wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit ab. Darauf basierend hat der Bundesrat für die Schweiz ein Finanzierungsziel von jährlich 450 bis 600 Millionen Dollar festgelegt. 2021 und 2022 brachte die Schweiz 619 respektive 632 Millionen Dollar auf. Für das neue globale Ziel von 300 Milliarden Dollar muss der Schweizer Beitrag neu berechnet werden.

Die Schweizer Finanzierung setzt sich wie folgt zusammen:

Klimafinanzierung (Millionen USD)



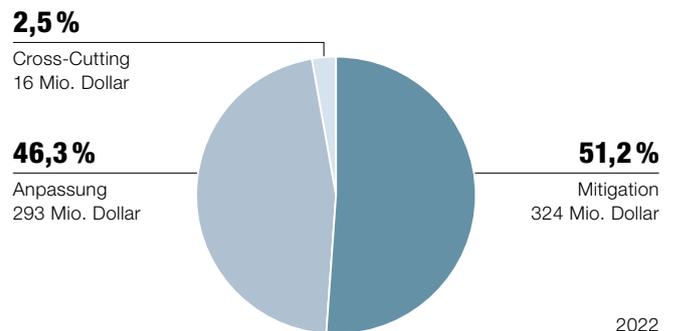
- **Öffentliche bilaterale Mittel** sind die Gelder, die direkt in Klima-Projekte im Globalen Süden fließen. Meist werden diese Projekte von DEZA und SECO finanziert und durch (Schweizer) Nichtregierungsorganisationen umgesetzt.
- **Öffentliche multilaterale Mittel** sind der klimaspezifische Anteil des Geldes, das die Schweiz an internationale Fonds, Entwicklungsbanken und UN-Organisationen zahlt. Diese multilateralen Organisationen setzen Projekte selbst oder mithilfe von Partnerorganisationen um.
- **Private mobilisierte Gelder** sind private Investitionen in Klima-Projekte, die erst durch den Einsatz öffentlicher Gelder möglich wurden.

Wofür werden die Gelder verwendet?

Internationale Klimafinanzierung soll Länder des Globalen Südens bei zwei Zielen unterstützen:

Massnahmen zur **Anpassung** haben zum Ziel, die negativen Folgen der Klimakrise zu bewältigen und Risiken zu minimieren. Mögliche Ansätze beinhalten eine angepasste Landwirtschaft oder Frühwarnsysteme für Extremwetter.

Massnahmen zur **Mitigation** sollen den Klimawandel aufhalten, verlangsamen oder abschwächen. Ein gutes Beispiel sind erneuerbare Energien, die zu weniger CO₂-Emissionen beitragen. Auch Energieeffizienz spielt eine Rolle, zum Beispiel in Programmen zu klimaneutralen Gebäuden.



- + Gemäss den Vereinten Nationen sollen Staaten Anpassung und Mitigation gleichermassen finanzieren. Das ist für den Beitrag der Schweiz bisher auch der Fall.
- ? Seit 2018 erhält Anpassung leicht weniger als die Hälfte der Finanzierung. Das liegt an den steigenden privaten Mitteln, die mehr in Mitigation fließen. Dieses Ungleichgewicht sollte sich zukünftig nicht erweitern.

Welche typischen Projekte werden finanziert?

Mitigation in Indonesien

Das SECO finanziert das Mitigationsprojekt *Renewable Energy Skills Development* in Indonesien. Durch die Ausbildung von Ingenieuren für Solarenergie und Wasserkraftprojekte werden abgelegene Regionen mit Strom versorgt und so fossile Energien reduziert.

Anpassung in Tadschikistan

Die DEZA unterstützt das Anpassungsprojekt *Weather-Water-Climate-Services (WWCS)* von Caritas Schweiz in Tadschikistan. Durch verbesserte Wettervorhersagen, Warnungen vor Extremwetter und wetterbasierte Empfehlungen für die Landwirtschaft wird benachteiligten Bevölkerungsschichten geholfen, sich durch nachhaltige Landwirtschaft eine stabile Lebenssituation zu erarbeiten.

Private Investitionen in Infrastrukturprojekte weltweit

Bei Investitionen im Globalen Süden ist das Risiko eines Zahlungsausfalls hoch. Die *Private Infrastructure Development Group* finanziert Infrastrukturprojekte mit öffentlichen Schweizer Geldern mit und mindert dieses Risiko, was private Investitionen attraktiver macht. Sowohl die öffentlichen als auch die privaten Gelder werden dann als Klimafinanzierung angerechnet.

Welche Probleme müssen in den nächsten Jahren angegangen werden?

1. Die lokale Bevölkerung braucht Zugang zu den Geldern

Klima-Projekte sind wirkungsvoller, wenn die lokale Bevölkerung involviert ist. Daher brauchen zivilgesellschaftliche Organisationen in den Projektländern Zugang zu den Geldern.

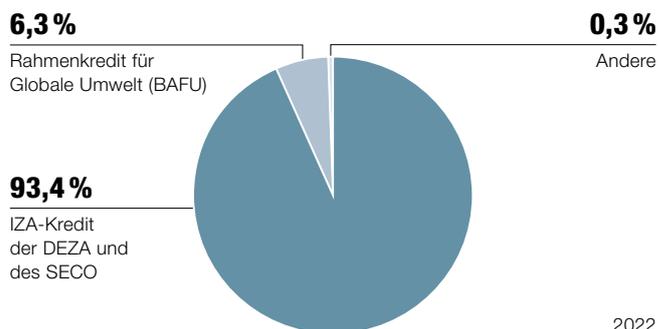
+ Bilaterale öffentliche Gelder: Diese Gelder fließen grösstenteils an Nichtregierungsorganisationen, die Projekte meist in Zusammenarbeit mit lokalen Partnerorganisationen realisieren. Die Schweizer IZA verfügt somit über robuste Mechanismen, um die Zugänglichkeit dieser Gelder zu garantieren. Erfreulich ist auch, dass die Schweiz diese Gelder als Zuschüsse zur Verfügung stellt, was der Verschuldung der Empfänger vorbeugt.

? Multilaterale öffentliche Gelder: Multilaterale Organisationen und internationale Klimafonds sind wichtig für die Umsetzung grosser Klimaschutzprojekte. Allerdings wird zivilgesellschaftlichen Organisationen der Zugang zu multilateraler Finanzierung durch einen umfangreichen Bewerbungsprozess erschwert. Um diese Prozesse erfolgreich zu durchlaufen, fehlt ihnen sowohl die eigene Kapazität als auch die Unterstützung nationaler Institutionen. Erfreulich ist, dass die Schweiz lokale Projekte durch Kapazitätsaufbau dabei stärkt, sich auf Finanzierung bewerben zu können. Konsequenterweise müsste sie sich auch für einfachere Bewerbungsprozesse einsetzen. Ob sie das ausreichend tut, ist wegen ihrer mangelnden Berichterstattung unklar.

- Private mobilisierte Gelder: Während einige Mitigationsprojekte (z. B. Energie-Infrastruktur) eine Rendite abwerfen, ist Adaptation (z. B. Dammbau) für Investoren weniger attraktiv. Auch haben ärmere Bevölkerungsschichten meist schlechten Zugang zu privaten Mitteln. Zwar gibt es Verbesserungsansätze, ihr Wachstumspotenzial darf aber nicht überschätzt werden. Private Gelder sind kein Ersatz für unzureichende öffentliche Gelder.

2. Klimafinanzierung sollte Armutsbekämpfung ergänzen, nicht ersetzen

Klimafinanzierung soll *neu und zusätzlich* sein. Der Grossteil der Schweizer Gelder stammt jedoch aus dem Budget der IZA, das der Armutsbekämpfung und Entwicklungszusammenarbeit gewidmet ist. Nur der Rahmenkredit für globale Umwelt des BAFU besteht zweifellos aus zusätzlichen Geldern, die zuvor nicht in den Globalen Süden flossen.



+ Dadurch, dass die Schweiz Klimafinanzierung vor allem über IZA-Projekte leistet, kommt das Geld bei denen an, die es am dringendsten benötigen.

- Der Anteil der Klimafinanzierung am IZA-Budget wächst stetig. Diese Mittel dürfen am Ende nicht erfolgreiche Armutsbekämpfung gefährden, zum Beispiel im Bereich der Bildung oder der Gesundheit. Wenn immer mehr Klimaprojekte aus dem IZA-Budget finanziert werden, muss das Budget entsprechend ansteigen.

3. Die ärmsten Länder sind auf höhere Zahlungen angewiesen

- Das Ziel des Bundesrates für die internationale Klimafinanzierung ist zu tief angesetzt. Das liegt daran, dass die Schweiz sich bewusst nur die Emissionen anrechnet, die innerhalb ihrer Grenzen ausgestossen werden. Die Menge an CO₂, das für die Produktion unserer Konsumgüter im Ausland ausgestossen wird, liegt laut BAFU aber höher – von den Emissionen, die durch den Schweizer Finanzplatz verursacht werden, ganz zu schweigen.

Deshalb weist Caritas Schweiz zusammen mit Alliance Sud und anderen entwicklungspolitischen Organisationen seit Jahren darauf hin, dass der angemessene Anteil der Schweiz rund 1 % des globalen Finanzierungsziels beträgt. Beim bisherigen 100-Milliarden-Dollar-Ziel wäre das auf eine Milliarde Dollar hinausgelaufen. Der faire Anteil am neuen 300-Milliarden-Dollar-Ziel beträgt mindestens 3 Milliarden Dollar pro Jahr. Wenn die Schweiz ihre Zahlungen nicht angemessen erhöht, vergrössert sie damit die Finanzierungslücke im Globalen Süden.

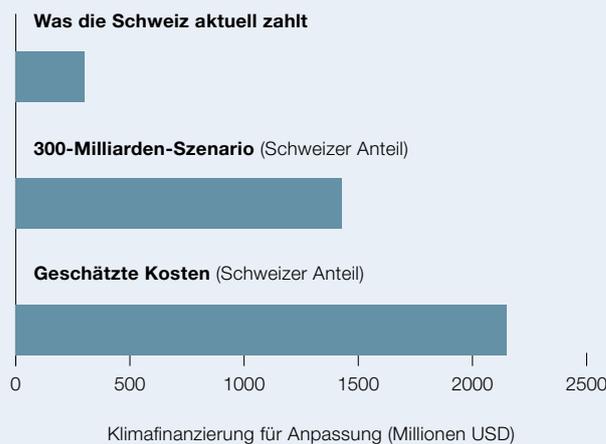
Wo fehlt das Geld, solange die Schweiz ihren fairen Anteil nicht zahlt?



Wo das Geld fehlt, lässt sich am Beispiel der Anpassung veranschaulichen: Im Jahr 2022 wurden weltweit 27,5 Milliarden Dollar für Anpassung ausgegeben, bei jährlichen Kosten von 215 Milliarden Dollar (UN Adaptation Gap Report). Der faire Anteil der Schweiz an den aktuellen Kosten beträgt 2,15 Milliarden Dollar, wofür sie aber nicht aufkommt:

- **Ländern mit geringem Einkommen** wie dem Sudan zahlt die Schweiz 24 Millionen Dollar an direkten Zuschüssen jährlich, was nur 17 % des fairen Anteils der Schweiz für diese Ländergruppe entspricht. Der Rest fehlt beim Schutz der Ärmsten gegen die Klimakrise.
- **Ländern mit unterem mittlerem Einkommen** wie dem Libanon zahlt die Schweiz 54 Millionen Dollar an direkten Zuschüssen, was nur 11 % ihres fairen Anteils entspricht. Teile dieser Länder riskieren somit, zurück in die extreme Armut zu fallen.
- **Länder mit oberem mittlerem Einkommen** wie Costa Rica erhalten von der Schweiz 19 Millionen Dollar jährlich, was 1 % ihres fairen Anteils entspricht. Somit wird die fragile wirtschaftliche Stabilität in diesen Ländern nicht ausreichend gegen Klimarisiken gestärkt.

- **Zusätzlich zu diesen Geldern** stellt die Schweiz 204 Millionen Dollar für Anpassung allgemein bereit. Dieser Betrag kann keiner der drei Einkommensgruppen zugeordnet werden, da er als «global» gekennzeichnet ist. Allerdings reichen auch diese Gelder bei weitem nicht aus, um die Lücke zu füllen.



Die Schweiz könnte somit selbst mit ihrem fairen Anteil am 300-Milliarden-Dollar-Ziel die aktuellen Kosten nicht decken – zumal diese bis 2035 noch steigen werden.

Was ist in den nächsten Jahren entscheidend?

Neue Finanzierungsquellen, die dem Verursacherprinzip entsprechen

Es ist offensichtlich, dass die Mittel, um den Bedarf der Klimafinanzierung zu decken, heute deutlich zu tief sind. Wie kann aber mehr Geld zur Verfügung gestellt werden in einer Zeit, in der Budgets gekürzt werden und die Klimakrise politisch an Bedeutung zu verlieren scheint?

Es braucht neue Finanzierungsquellen, um den gestiegenen internationalen Verpflichtungen nachzukommen. Das BAFU hat eine Liste solcher Finanzierungsquellen erstellen lassen, mit Beispielen wie Flugticketabgaben oder Übergewinnsteuern, die bevorzugt klimaschädliches Verhalten von reichen Haushalten oder Firmen bepreisen. Somit würden eher jene für die Bewältigung der Klimakrise zahlen, die stärker für sie verantwortlich sind. Gekoppelt mit sozialer Abfederung würde dies armutsgefährdete Haushalte schonen.



Lesen Sie hier unsere detaillierte Analyse der Schweizer Klimafinanzierung.

BAFU: «Switzerland's First Biennial Transparency Report under the Paris Agreement», 2024. Online: https://www.bafu.admin.ch/dam/bafu/en/dokumente/klima/klima-climatereporting/BTR1_CHE_2024.pdf.download.pdf/BTR1_CHE_2024.pdf

Berner, Della: «Klimafinanzierung – Jetzt erst recht», 2025, Alliance Sud.

Lottje, Christine: «Der Schweizer Beitrag an die internationale Klimafinanzierung», 2020. Auftraggeber: Alliance Sud.

Menz, Mara; Stadelmann, Martin: «Options for increasing Switzerland's climate and biodiversity finance», 2024. South Pole. Online: <https://go.southpole.com/final-report-inventory-international-climate-biodiversity-finance-switzerland>

United Nations Environment Programme: «Adaptation Gap Report 2024: Come hell and high water – As fires and floods hit the poor hardest, it is time for the world to step up adaptation actions», 2024. Online: <https://www.unep.org/resources/adaptation-gap-report-2024>

Caritas Schweiz

Adligenswilerstrasse 15
Postfach
CH-6002 Luzern

Telefon: +41 41 419 22 22
E-Mail: info@caritas.ch

Internet: www.caritas.ch
IBAN: CH69 0900 0000 6000 7000 4

**Das Richtige tun
Agir, tout simplement
Fare la cosa giusta**